

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Finanzen

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 24. Juni 2021
– Drucksache 17/331**

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;
hier: Staatshaushaltsplan 2020/2021**

- Einzelplan 12: Allgemeine Finanzverwaltung**
- Konzept zur IT-Stellen-Zulage im öffentlichen Dienst**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Von der Mitteilung der Landesregierung vom 24. Juni 2021 – Drucksache 17/331 – Kenntnis zu nehmen.
- II. Die Landesregierung zu ersuchen,
dem Landtag bis zum 30. Juni 2022 erneut zu berichten.

8.7.2021

Die Berichterstatterin:

Barbara Saebel

Der Vorsitzende:

Martin Rivoir

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen beriet die Mitteilung Drucksache 17/331 in seiner 2. Sitzung, die in gemischter Form mit Videokonferenz stattfand, am 8. Juli 2021.

Die Berichterstatterin trug vor, in der Landesverwaltung seien diverse Stellen für IT-Fachkräfte unbesetzt, weil für sie die starren Gehaltsstrukturen des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst unattraktiv seien. Sie verdienten im öffentlichen Dienst trotz Berufserfahrung weniger als in der Privatwirtschaft, wenn sie keinen oder nur einen niedrigeren akademischen Abschluss vorweisen könnten.

Deshalb sei es seit 2019 möglich, eine übertarifliche Fachkräftezulage von maximal 1 000 € monatlich zu gewähren. In der Landesverwaltung erhielten gegenwärtig 22 Fachkräfte eine solche Zulage. Diese Zahl sei durchaus noch überschaubar. Außerdem seien die tariflichen Eingruppierungsregelungen in der Informations-

Ausgegeben: 16.7.2021

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

und Kommunikationstechnik zum 1. Januar 2021 verbessert worden. Dies bedeute in der Regel die dauerhafte Höhergruppierung um bis zu zwei Entgeltgruppen.

Gerade im IT-Bereich sei stetige Weiterbildung sehr bedeutsam. Daher hielten die Grünen eine flexible Weiterbildungsmöglichkeit für wichtig.

Die Abgeordnete bat abschließend darum, die Landesregierung zum 30. Juni 2022 um einen erneuten Bericht zu ersuchen.

Ein Abgeordneter der FDP/DVP fragte, in wie vielen Fällen die Gewährung der Fachkräftezulage zu einer Neueinstellung geführt habe und wie viele Personen durch die Zulage hätten gehalten werden können.

Ein Abgeordneter der SPD brachte zum Ausdruck, auch seine Fraktion begrüße es, wenn es dem Land gelinge, für die wichtigen Aufgaben im öffentlichen Dienst Fachkräfte zu gewinnen. Er wisse allerdings nicht, wie erfolgreich das Land hierbei sei. Im vorliegenden Bericht werde darauf hingewiesen, dass von den Fachkräften, die eine übertarifliche Zulage erhielten, sechs beim zentralen IT-Dienstleister des Landes beschäftigt seien. Ihn interessiere, wie viele IT-Fachkräfte hätten gewonnen werden sollen. Auch bitte er um Auskunft, ob die bestehende Zulage als ausreichend erachtet werde oder ob wegen der Attraktivität, die bei der derzeitigen Marktlage Pensionen durchaus zukomme, auch mehr Beamtenstellen statt Stellen für Angestellte anzubieten seien.

Es gebe wohl ein Programm des Wissenschaftsministeriums, über das Studierenden mit staatlichen Mitteln eine Brücke in die Wirtschaft gebaut werde. Vielleicht lasse sich auch der umgekehrte Weg von der Wirtschaft in den öffentlichen Dienst unterstützen.

Die Staatssekretärin im Ministerium für Finanzen teilte mit, die Landesregierung begrüße, dass das Instrument der übertariflichen Fachkräftezulage existiere, und hoffe, dass es weiterhin bestehen werde. Allerdings sei an den Zahlen ersichtlich, dass diese Möglichkeit gegenwärtig nicht in großem Umfang genutzt werde. Dies liege auch daran, dass die Dienststellen die Abwägung vornähmen, wie eine Fachkräftezulage zur Gewinnung qualifizierter Kräfte in das Gehaltsgefüge insgesamt passen würde.

Das von ihrem Vorredner angesprochene Programm richte sich an Ingenieurinnen und Ingenieure sowie an Informatikerinnen und Informatiker. Es begründe sich damit, dass es für Studienabsolventinnen und -absolventen durch die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Jahren schwieriger geworden sei, einen entsprechenden Platz auf dem Arbeitsmarkt zu finden.

Auch das Finanzministerium beobachte genau, wie sich die Lage entwickle. Denn wenn dem so wäre, dass Absolventinnen und Absolventen auf Jobsuche seien, müsste der öffentliche Dienst auch leichter Fachkräfte gewinnen können. Für eine abschließende Bewertung sei es aber noch zu früh, zumal die Coronakrise sehr viel überlagert und geprägt habe. Der Blick gehe also in alle Richtungen.

Sie hoffe, dass der dafür zuständige Mitarbeiter des Finanzministeriums dieser Sitzung zugeschaltet sei und die Frage des Abgeordneten der FDP/DVP beantworten könne.

Der Ausschussvorsitzende stellte fest, dass der Mitarbeiter nicht zugeschaltet sei und die Frage somit schriftlich beantwortet werde.

Daraufhin fasste der Ausschuss einstimmig folgende Beschlussempfehlung an das Plenum:

Der Landtag wolle beschließen,

- 1. von der Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 17/331, Kenntnis zu nehmen;*
- 2. die Landesregierung zu ersuchen, dem Landtag bis zum 30. Juni 2022 erneut zu berichten.*

14.7.2021

Saebel